

Ausland

«Wir sind nicht in einer Staatskrise»

Der Druck zur Bildung einer grossen Koalition in Deutschland sei sehr gross, sagt der neue deutsche Botschafter Norbert Riedel. Bei der Konsensfindung könne sein Land von der Schweiz viel lernen.

Interview: Bernhard Ott

Herr Riedel, die Schweiz ist das Land der «ewigen grossen Koalition». Ist man da als Deutscher neidisch in diesen Tagen?

Deutschland kann in der Tat viel lernen von der Schweiz in Bezug auf Konsensfindung. Die Situation ist schwierig, aber wir sind nicht in einer Staatskrise. Wir haben funktionierende Institutionen. Das Grundgesetz gibt klare Wege vor. Der Staat ist nicht infrage gestellt. Eine Minderheitsregierung wäre für Deutschland aber völlig neu.

Da käme wohl das Trauma der instabilen Minderheitsregierungen in der Weimarer Republik hoch. Die Erfahrungen der Weimarer Zeit spielen für viele sicher eine Rolle.

Falls die Grosse Koalition scheitert, wird es Neuwahlen geben?

Eine Bundestagswahl kostet wohl 100 bis 110 Millionen Euro. Da fragen sich viele, ob man dieses Geld tatsächlich ausgeben soll für ein Ergebnis, das womöglich gleich herauskommt. Der Druck zur Bildung einer Grossen Koalition ist sehr gross. Nicht nur in der EU warten viele auf eine funktionsfähige Bundesregierung. Es gibt so viele Krisen, in denen Deutschland und Europa gefragt sind. Migration, Terrorismus und Cyber-Hacking machen vor Landesgrenzen nicht halt.

Bei einer Neuaufgabe der Grossen Koalition dürften die Wähleranteile der SPD aber nochmals einbrechen. Diese Angst haben offenbar viele in der Partei, obwohl die SPD in der letzten Grossen Koalition ihre Ziele fast alle erreicht hat. Die SPD überlegt sich, wie sie dieser Falle entgehen kann.

Die Parteien wollen 15 Themenblöcke als Eckpfeiler für eine Grosse Koalition abarbeiten. Die SPD-Basis entscheidet am 21. Januar. Das ist doch ein Ding der Unmöglichkeit? Das ist eine grosse Herausforderung. Als unmöglich würde ich das Unterfangen aber nicht bezeichnen. Manchmal entwickeln sich die Dinge buchstäblich doch. Und schliesslich ist seit der Bundestagswahl im September doch schon einige Zeit verstrichen.

Sie waren Sonderbeauftragter für Cyber-Aussenpolitik. Kann man sich gegen Wahl-Hackings schützen? Hier gibt es neue Herausforderungen. Der Erwerb von Kriegswaffen für Private ist verboten. Aber den Kauf von Cyber-Waffen kann ein Staat kaum verhindern. Die Bedrohungslage hat sich verändert,



«Eine Minderheitsregierung wäre für Deutschland völlig neu», sagt Botschafter Norbert Riedel. Foto: Adrian Moser

und die Unsicherheit ist gestiegen. Die westlichen Demokratien können diesen Gefahren nur gemeinsam begegnen.

Was ist denn Cyber-Aussenpolitik? Cyber-Fragen spielen in der Aussenpolitik eine immer grössere Rolle, um Chancen zu nutzen und Gefahren für die eigene Sicherheit zu reduzieren. Dazu gehört zum Beispiel der Schutz von Infrastrukturen. Wenn tatsächlich Nordkorea Sony Pictures wegen des satirischen Films «The Interview» gehackt hat, ist das aussenpolitisch relevant. Das Thema Cyber betrifft aber alle Lebensbereiche. Stellen sie sich vor, welche Sicherheitsfragen im IT-Bereich entstehen,

Norbert Riedel
Berlins neuer Mann in Bern

Der 57-jährige Schwabe Norbert Riedel hat im Oktober die Nachfolge von Otto Lampe als deutscher Botschafter in der Schweiz angetreten. Zuvor war der Jurist an den Botschaften in Sofia, Lissabon und Peking tätig. In den Jahren 2014/2015 war Riedel Sonderbeauftragter für Cyber-Aussenpolitik. Zuletzt war er als Beauftragter für Asien und den Pazifik im Einsatz. Riedel ist verheiratet und Vater zweier erwachsener Kinder. (bob)

wenn bald die Autos von selbst fahren. Dieselben Sicherheitsfragen stellen sich auch im Luftverkehr. Zudem haben wir heute das Problem, dass die Daten jedes Einzelnen nachvollziehbar sind. Ein Unternehmen, das teure Luxusgüter verkauft, will doch wissen, auf welchen Strassen einer Stadt die Luxuslimousinen verkehren, um dort Läden einzurichten. Dank den Daten, die wir hinterlassen, kann man das inzwischen problemlos herausfinden.

Die Schweiz stockt ihre Cyber-Soldaten auf. In Deutschland wird diskutiert, ob der Staat auch zurück-schlagen soll bei Cyber-Angriffen. Dagegen gibt es verfassungsrechtliche Barrieren. Ein Cyber-Gegenangriff wäre die Anwendung militärischer Gewalt gegen aussen und müsste durch den Bundestag genehmigt werden.

Die Beziehungen Schweiz - Deutschland waren durch die Affäre Daniel M. getrübt. Wie sind sie heute? Wir haben eine fast 100-prozentige Übereinstimmung der Interessenlage zwischen beiden Ländern. Der Fall Daniel M. war in allen Vorbereitungsgesprächen vor meinem Amtsantritt kein Thema. Es war ein Fall für die deutsche

Justiz, welche unabhängig ist. Zudem gibt es in Steuerfragen mittlerweile den automatischen Datenaustausch.

Der Unterbruch der Rheintalstrecke hat die SBB und ihre Tochterunternehmen 20 bis 30 Millionen Franken gekostet. Welche Lehren müssen daraus gezogen werden?

Die Strecke wurde glücklicherweise genau an dem Tag wieder freigegeben, als ich meinen Dienst in der Schweiz angetreten habe. Unglücke können immer passieren. Wichtig ist, wie man damit umgeht. Wir brauchen ein besseres Korridormanagement. Wenn die Lokführer aufgrund von Sprachschwierigkeiten nicht über Frankreich ausweichen konnten, müssen für die Zukunft Lösungen dafür gefunden werden. Es braucht neue Standards und Verfahren für solche Krisenfälle. Ich habe mir vorgenommen, ein Augenmerk darauf zu richten.

Sie haben angekündigt, dass im nächsten Jahr Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Schweiz besuchen könnte.

Das ist eines meiner wichtigsten Ziele fürs nächste Jahr. Ich würde mich sehr freuen, meinen ehemaligen Chef hier empfangen zu dürfen.

Separatisten liegen in Katalonien vorn

Hochrechnungen sehen die Verfechter der staatlichen Unabhängigkeit ihrer Region knapp im Vorteil.

Thomas Urban
Barcelona

Am späten Abend war noch nicht klar, ob die Separatisten auch die absolute Mehrheit der Stimmen sowie der 135 Mandate im Parlament zu Barcelona erreicht haben. Die Wahlen hatte die Zentralregierung unter Mariano Rajoy angesetzt, nachdem dieser das katalanische Kabinett unter Carles Puigdemont abgesetzt hatte.

Die Zwischenergebnisse bestätigen, dass die Gesellschaft Kataloniens tief gespalten ist. Die Führung der grössten Gruppe unter den Separatisten, der traditionsreichen Linksrrepublikaner (ERC), die seit mehreren Generationen für ein unabhängiges Katalonien streiten und während der Franco-Diktatur verboten waren, hat im Wahlkampf zugesichert, dass sie nicht mehr eine einseitige Sezession anstrebt, sondern mit Madrid darüber ein Abkommen schliessen möchte. Rajoy, der die konservative Volkspartei (PP) führt, lehnte allerdings solche Verhandlungen strikt ab. Nun erklärte Rajoy, dass auch die künftige Regierung Kataloniens, sollte sie weiterhin die Sezession anstreben, abgesetzt würde, so wie dies Ende Oktober mit dem bisherigen Kabinett unter Carles Puigdemont geschehen ist. Die PP Rajoy musste allerdings eine historische Niederlage hinnehmen: Nach den Hochrechnungen konnte sie mit höchstens fünf Mandaten im neuen Regionalparlament rechnen.

Die grössten Zugewinne konnte die liberale Bürgerpartei (Ciutadans) verzeichnen, die sich energisch für die Einheit Spaniens eingesetzt hat. Doch dürfte ihre Spitzenkandidatin, die 36-jährige Juristin Inés Arrimadas, keine Chancen haben, die Nachfolgerin Puigdemonts an der Spitze der Regierung zu werden, da sie von links orientierten Gruppierungen abgelehnt wird.

Das schwache Abschneiden der PP, die in Katalonien stets unpopulär war, weil sie für die Stärkung des Zentralstaats eintritt, schwächt Rajoy's Stellung auch auf nationaler Ebene.

Kurz

Nordkorea
Soldat flieht über die Grenze nach Südkorea

Erneut ist ein nordkoreanischer Soldat über die Grenze nach Südkorea geflohen. Südkoreas Militär feuerte Warnschüsse auf nordkoreanische Soldaten ab, die nach dem Deserteur suchten. Der Überläufer flüchtete durch das Sperrgebiet zwischen beiden Staaten in den Süden, wie das Verteidigungsministerium in Seoul mitteilte. Er nutzte dichten Nebel und erschien am Morgen kurz nach 8 Uhr an einem südkoreanischen Grenzposten. (sda)

Jemen
Laut IKRK eine Million Cholera-Verdachtsfälle

Im von schweren Kämpfen zerrütteten Jemen ist die Zahl der Cholera-Verdachtsfälle auf eine Million gestiegen. Dies vergrössere das Ausmass des in einem «brutalen Krieg» gefangenen Landes weiter, erklärte das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK). Im Jemen benötigen laut UNO-Angaben mehr als 20 Millionen Menschen Hilfe; mindestens 7 Millionen Menschen stehen kurz vor einer Hungersnot. (sda)

Kuba
Raúl Castro schiebt seinen Rücktritt hinaus

Der kubanische Staatschef Raúl Castro wird im April 2018 sein Amt abgeben. Die kubanische Nationalversammlung beschloss, am 19. April den Staatsrat zu wählen, der wiederum Castros Nachfolger bestimmen wird. Eigentlich war dies für Februar vorgesehen. Der Wahlkalender wurde aber nach dem Durchzug des verheerenden Hurrikans Irma im September abgeändert. (sda)

Analyse Bei der Eroberung des irakischen Mosul starben bis zu 11 000 Zivilisten. *Moritz Baumstieger*

Von wegen westlicher Präzisionskrieg

Der Trend zur Urbanisierung macht auch vor den Kriegen nicht halt, gekämpft und gestorben wird heute vor allem in den Städten. Ob im syrischen Aleppo und Raqqa, im irakischen Mosul oder im jemenitischen Sanaa: Aufständische haben erkannt, dass im Häusermeer der Metropolen ein idealer Kampfplatz steckt.

Vorbei sind die Zeiten, in denen der Vietcong im vietnamesischen Dschungel abtauchte oder sich die Mujahedin in den entlegenen Berghöhlen Afghanistans verkrochen. Heute liegen die Verstecke in den Kellern der Häuser, Schutz bietet die Masse der Zivilisten. So wird die Stadt wieder zur Festung: Sie ist kaum einzunehmen, steckt dafür voller symbolischer Ziele, die der Gegner angreifen muss.

Die Eroberungen der Städte wird oft verblüffend Befreiung genannt, ihr Preis ist häufig die weitgehende Zerstörung. Das haben die schockierenden Drohnenvideos gezeigt: Da, wo einmal Mosuls Altstadt stand, sind nichts als Trümmer übrig geblieben. Unter diesen Trümmern liegen tote Zivilisten,

das ist ganz klar. Über deren Zahl wird jedoch heftig gestritten. Die internationale Militärkoalition gegen die Terrormiliz Islamischer Staat gibt niedrige Werte an. Offenbar will sie den Eindruck erwecken, dass hier ein Präzisionskrieg geführt worden ist. Wer diese Angaben anzweifelt, erhält zur Antwort, man werde die fraglichen Fälle untersuchen. Im Falle Mosuls sah sich das Militär bisher jedoch nicht in der Lage, ein Untersuchungsteam in die Stadt zu schicken.

Das Zehnfache an Toten

Was der Koalition unter Führung der USA angeblich nicht gelingen will, schaffen nun Reporter der Nachrichtenagentur AP: Sie sprachen mit Bestatteten in Mosul, erhoben Daten, ergänzten diese durch Angaben der UNO und von Nichtregierungsorganisationen. Das Ergebnis erschütterte: Die Zahl der Zivilisten, die bei der Einnahme Mosuls getötet wurden, liegt zehnmal höher als offiziell anerkannt, bei 9000 bis 11 000 Toten. Auch die neuen Untersuchungen belegen, dass der IS mit

seinen menschenverachtenden Kriegstaktiken die meisten dieser Opfer zu verantworten hat. Ob es deshalb gerechtfertigt war, Tausende Einwohner für die Befreiung zu opfern - diese Frage können nur die Überlebenden mit ausreichender Autorität beantworten.

Und sie tun das recht unterschiedlich. Einige verehren die Toten von Mosul als Märtyrer, sie hätten mit ihrem Opfer weitere Jahre oder gar Jahrzehnte der Terrorherrschaft verhindert. Andere wenden ein, dass es kein Menschleben wert war, die Herrschaft der Zentralregierung über eine Stadt wiederherzustellen, die sie jahrzehntlang vernachlässigt hat.

Die internationale Militärkoalition gab ihre eigene Antwort auf dieses Dilemma. In dem Moment, in dem sie die erste Bombe auf IS-Stellungen warf, hat sie den Tod Unschuldiger in Kauf genommen - nun sollte sie sich auch dazu bekennen. Verantwortung trägt nicht nur, wer Menschen als Schutzschilder benutzt, sondern auch, wer auf diese Geiseln schießt. Sich zu

dieser Verantwortung zu bekennen, hat zum einen eine moralische Bedeutung: Wenn Syriens Diktator Bashar al-Assad Tausende Tote in Aleppo und anderen Landesteilen verhöhnt oder schlicht leugnet, ist die Empörung zu Recht enorm. Empören darf sich aber nur, wer selbst nicht auch angreifbar ist.

Vernachlässigte Sunniten

Doch auch wer das Dilemma kühl mit politischen Argumenten abwägt, muss den Opfern von Mosul Aufmerksamkeit schenken. Der IS konnte deshalb so stark werden, weil dem Schicksal der irakischen Sunniten sowohl in Bagdad als auch in Washington mit grosser Gleichgültigkeit begegnet wurde. Nach der Befreiung Mosuls ist der nationale Neubeginn wieder abgewürgt worden - diesmal durch die Eskalation zwischen Kurden und Arabern.

Wer nun die Toten von Mosul ignoriert oder gar verschweigt, anstatt ihnen ein Mahnmal zu bauen, nimmt bereits den nächsten Krieg in Kauf.